



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Auß Schwaben.

14. Februar.

Hat die Kriegswoche allgemein die Wirkung gehabt, welche nach ermüdenden unfruchtbaren Debatten die lustreinigende That hervorzubringen pflegt, so lehren jetzt, nachdem die Hauptsache der militärischen Action vorüber ist, der Zweifel, das Mißtrauen, die Anklage gegen die auf unredlichen Voraussetzungen beruhende Action der Großmächte in verstärktem Maße wieder, die Frage: was nun nach erfolgter Besetzung Schleswigs, wozu die blutigen Opfer? lähmt die Freude an dem Erfolg der deutschen Waffen. Dennoch hat der Krieg auch in die Waagschale einer deutschen Lösung des Streits gewichtige Stücke gelegt: die Opfer der Gefallenen zumal, und die Ehre der verbündeten Heere, die That-sache der Befreiung der Herzogthümer, die Constatirung ihres einmüthigen Willens, von Dänemark getrennt zu werden. Werden diese Momente im Stande sein, die in anderem Sinne begonnene Action schließlich zu ihrem Dienste zu zwingen und die Schale des Rechts sinken zu machen gegen kalte deutschfeindliche Berechnung in Wien, gegen abenteuerliche Projecte in Berlin? wohin wird das Zünglein sich neigen, und soll das deutsche Volk dazu verurtheilt sein, dem Spiel der Wage als ruhiger Beobachter zuzusehen?

Wiederum sind die Blicke auf die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten gewandt, noch einmal tritt an sie eine Frage heran, deren Beantwortung schwer in das Gedächtniß ihrer Völker sich graben wird. Freilich die Erwartungen sind bescheidener geworden, die überschwengliche Phraseologie von dem deutschen Beruf der Mittel- und Kleinstaaten ist seit dem 14. Januar verstummt. Hat man früher übertriebene Anforderungen an sie gestellt, so ist heute das Mißtrauen erklärlich, ob sie auch nur zu dem sich aufraffen können, was sie zu thun wirklich im Stande und nach eignen Erklärungen verpflichtet sind. Zwischen heute und damals liegen traurige Erfahrungen, die freilich nur den überraschen konnten, der Wollen und Können der kleineren Staaten überschätzt hatte.

Die lebhafteste Agitation in den kleinern Staaten hatte die große Bedeutung, einmal die Mehrzahl der Regierungen in der Rechtsfrage günstig zu stimmen und dann die Bewegung im Volke selbst warm zu halten und wo möglich so zu steigern, daß sie über die Grenzen des preussischen Staats hinübergrieff und hier stark genug wurde, einen Umschwung des Systems herbeizuführen. War sie letzteres nicht im Stande, so konnte bei dem Widerspruch der vereinigten beiden Großmächte noch weniger die factische Durchführung des Rechts der Herzogthümer in der Hand der kleinern Staaten liegen. Wenn man gleichwohl sich

mit Projecten in dieser Richtung trug, so schwächte man damit die Kräfte der Agitation, indem man sie eine Zeit lang auf ein falsches Ziel und von derjenigen Aufgabe ablenkte, der sie wirklich gewachsen war. Bis heute sind die Regierungen noch nicht zu einer Entscheidung am Bunde vermocht worden. Schwerlich sind die Bevölkerungen oder vielmehr die Leiter der Bewegung von aller Schuld hierfür freizusprechen.

Nach außen mochten wohl die Versammlungen, die Kundgebungen aller Art, zu denen sich die verschiedensten Parteien vereinigten, die einmüthigen Kammerbeschlüsse, die abgenöthigten Zugeständnisse der Regierungen an den nationalen Willen etwas Imponirendes haben. Es war hier, konnte man sagen, ein gutes Drittel von Deutschland einig in seinem Willen, erfüllt von patriotischem Thatendrang, es brauchte blos noch den Entschluß zum Handeln und auch dieser schien nicht zu fehlen. Betrachtete man sich aber jene Vorgänge in der Nähe, so mußten sie doch viel von ihrem Schimmer verlieren. Vor allem muß gesagt werden, daß — hier in Schwaben — die Bewegung ihrem Charakter nach eine wesentlich conservative war. Einigkeit der Parteien war von Anfang an das Lösungswort, sie sollte um jeden Preis festgehalten werden. Natürlich gingen aber die conservativen Schattirungen nur so weit als ihnen räthlich schien, und sie wurden somit ebenso ein hemmendes als ein förderndes Element — fördernd, sofern allerdings jene einmüthigen Beschlüsse zu Stande kamen, welche auf die Regierung von einigem Gewicht waren, hemmend, sofern es ihr Interesse war, die Begeisterung stets in gewissen Schranken zu halten und die Regierung wohl zu drängen, aber es nicht mit ihr zu verderben.

Aber auch jene Einmüthigkeit war nicht immer von der Art, wie sie sich nach außen in den wiederholten Kammerbeschlüssen darstellte. Kamen bei den Boten keine dissentirenden Stimmen zu Tage, so fehlte es in den Debatten nicht an solchen, von denen abgesehen, welche nur schweigend zu votiren vorgezogen. In der Sitzung vom 19. Januar, wo die Mobilmachung der württembergischen Armee beantragt wurde, stimmten die Einen ausdrücklich dafür, weil die Spitze des Antrags nicht gegen Preußen und Oestreich gekehrt sei, die Andern ausdrücklich deshalb, weil nach ihrer Ansicht der Antrag eben diese Spitze hatte. Und wenn sonst alle Redner das Verfahren der beiden Großmächte aufs rücksichtsloseste angriffen, so machte doch sich eine Stimme geltend, welche dasselbe zu vertheidigen suchte, während wieder ein Anderer die Mobilmachung als eine nutzlose Demonstration erklärte. Gleichwohl wurde jener Antrag einstimmig angenommen! Eine solche Einstimmigkeit konnte den Nachdruck der Beschlüsse nur schwächen. Und wie im Ständesaal so war es außerhalb desselben. Es war viel guter Wille vorhanden, zumal auf dem Lande. Aber es fehlte der Bewegung durchaus jene entschlossene Sicherheit, das Selbstvertrauen, das nachhaltige Feuer, welches allein auch der Regierung — vorausgesetzt sie hätte den

besten Willen gehabt — möglich gemacht hätte, eine große kühne Politik zu ergreifen.

Aber eben hierzu fehlte nicht bloß jene, sondern fehlten alle Bedingungen. In den höheren Regionen bekämpften sich fortwährend entgegengesetzte Einflüsse. Was die Regierung that, that sie zögernd und halbwillig, und immer auf die anderen horchend, damit sie ja nie um eine Linie voraus scheine. Endlich betheuerte das Ministerium seine besten Absichten, aber es verweigerte rund die selbständige Anerkennung des Herzogs Friedrich; es war nur dazu zu bringen, daß es die anfänglichen Skrupel bezüglich der Erbfolge aufgab, das Recht des Herzogs für begründet erklärte und in diesem Sinn am Bund zu wirken versprach. Die Kammer ließ sich mehrmals von enthusiastischen Mitgliedern zu Ausbrüchen des Dankes an die Regierung hinreißen: am andern Morgen pflegte sie sich darauf zu besinnen, wie vorzeitig die Aufwallung ihrer Gefühle gewesen war.

Nicht viel besser war es an den anderen mittelstaatlichen Höfen. Bayern, das anfangs die besten Intentionen gezeigt hatte, erlahmte zuerst. Es erschrak vor seiner eigenen Kühnheit, trat der erregten öffentlichen Meinung mit hemmenden Polizeimaßregeln entgegen, und setzte in der kritischsten Zeit durch die schwachmüthigsten officiösen Kundgebungen in Erstaunen. Von dem Beschleunigungsantrage, den es in der Erbfolge eingebracht hatte, war nicht weiter die Rede. Die Führerrolle, die man ihm nicht bloß in Süddeutschland zugesprochen hatte, wies es ehrgeizlos zurück. Auf Hannover war nie mit Sicherheit zu rechnen, so wenig wie auf Kurhessen. Am festesten zeigte sich Sachsen, aber Hr. v. Beust sah sich bald zu der Erklärung genöthigt, daß an eine selbständige Action der Mittelstaaten nicht gedacht werden könne.

Als Preußen und Oestreich sich vom Bund los sagten, konnte man zum mindesten erwarten, daß die Majoritätsstaaten, wenn sie wirklich sich in ihrer Souveränität beeinträchtigt fühlten, ungesäumt Schritte zur Organisation ihrer Kräfte thaten und sich zu einer raschen Verständigung über gemeinsames Handeln einigten. Aber Wochen lang hörte man nicht einmal von Versuchen, die hierzu gemacht worden wären. Im Gegentheil wies der Umstand, daß sich die Mittelstaaten von Baden und den andern nationalgesinnten Staaten geflissentlich fern hielten, auf einen geringen Eifer für die nationale Sache hin. Sie standen vor dem Dilemma: entweder sich rückhaltlos dem Strom der nationalen Bewegung anzuvertrauen oder in den Schutz von Preußen und Oestreich sich zurückzugeben. Es schien nicht lange zweifelhaft, welche Seite sie als die vermeintlich sicherere vorziehen würden.

Eben nach dem 14. Januar stand nun aber die Erregtheit der öffentlichen Meinung auf ihrer Höhe. Zu der Sorge für Schleswig-Holstein gesellte sich das beleidigte Souveränitätsgefühl. Man forderte das Vorgehen der Mittel-

und Kleinstaaten trotz Preußen und Oestreich, ja gegen Preußen und Oestreich. Allein man folgte hierbei mehr einem dunkeln Gefühle, als daß man ein klares Ziel vor Augen hatte. Als die Ereignisse den Rath an die Hand gaben, den Vorsprung, den man durch die Besetzung Holsteins hatte, zu benützen, das Occupationshcer rasch derart zu verstärken, daß die Oestreicher und Preußen nur durch einen Angriff Holstein betreten konnten, ihnen also die Initiative in einem eventuellen Bürgerkrieg zuzuschleiben, war es zu spät dazu. Bereits setzten sich die östreichischen und preussischen Regimenter in Bewegung, während die Mittelstaaten nicht das Mindeste zu einem gemeinschaftlichen Operationsplan gethan hatten. Einen Augenblick schien das bayrische Ministerium sich wieder ermannen zu wollen: es ließ die Drohung mit einem Parlament fallen. Da erfolgten die Beruhigungsnoten und der Rückzug der Mittelstaaten war selbstverständlich.

Diese Unterwerfung unter den Willen der Großmächte, welche nach der Aeußerung des wiener Ministerialraths den Hohn so weit zu treiben gesonnen wären, die Kosten für die wider Willen des Bundes unternommene Expedition nach Schleswig nachträglich dem Bund aufbürden zu wollen, bezeichnete einen Wendepunkt in der Herzogthümerfrage. Für Württemberg trat er mit dem 19. Januar ein. Während an diesem Tag die Kammer noch ihren Mobilisirungsantrag stellte, gaben zugleich die Minister Erklärungen ab, aus denen hervorging, daß ihr Widerstand gegen die Großmächte zu Ende sei. An demselben Tag waren die Beruhigungsnoten eingetroffen. Wenige Tage darauf sagte ein seltsamer Artikel im Staatsanzeiger noch unverblümt, daß eine Mobilisirung eine bloße Demonstration und nicht im Stande wäre, die Großmächte zur Umkehr zu zwingen. Am 21. wiederholte zwar eine stuttgarter Volksversammlung das Verlangen eines sofortigen Aufgebots der militärischen Kräfte der bundestreuen Regierungen, allein man konnte ihr bereits das mangelnde Vertrauen in die eigene Sache anfühlen. Auf ihre Adresse an das Staatsoberhaupt erhielt sie eine Antwort, welche eine Umschreibung des berühmten Wortes vom beschränkten Unterthanenverstand war. Die Bevölkerungen der Mittelstaaten waren jetzt um eine Erfahrung reicher. Die Episode einer selbständigen nationalen Politik der Triasgruppe war zu Ende gespielt. Es begann die blutige Hauptaction, deren unbetheiligte Zuschauer sie bleiben mußten.

Die Mißstimmung, welche dieser Gang der Dinge hervorrief, ist leicht begreiflich. Es war ein empfindlicher Sturz aus idealen Höhen in die nüchternste Wirklichkeit. Je besser der Wille, je aufrichtiger der Glaube an den Beruf der reindeutschen Staaten gewesen war, um so peinlicher war jetzt das Bewußtsein des Contrasts von Wollen und Können. Die Kammer vergrub sich in die langwierigen Debatten über das Einführungsgeßez zum deutschen Handels-

gesetzbuch und über die Bildung von Handelsgerichten, mehre Wochen lang kam sie nicht mehr auf Schleswig-Holstein zurück, als ob das Gefühl des Gegenfazes, in welchem die hochtönenden Worte vom 19. Jan. mit der Wirklichkeit standen, ihr Schweigen auferlegte, erst am 13. Febr. wagte sich wieder die erste Interpellation hervor. Doch war inzwischen der Finanzcommission Gelegenheit gegeben, den Gegenstand von einer in ihr Bereich fallenden Seite näher zu prüfen. Am 3. Febr. hatte nämlich das Finanzministerium die Kammer mit einer Vorlage überrascht, worin ihr die Verwilligung von anderthalb Millionen zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben für das Departement des Aeußern und das Kriegsministerium angeschlossen wurde. Ein Theil davon betraf die Matricularumlage für die Bundesexecution, der größere Theil aber Anschaffungen zur Vorbereitung einer etwaigen Mobilmachung. Verwundert rieben sich die Abgeordneten die Augen. Soeben hatten sie selbst die Mobilmachung beantragt, und darauf waren sie belehrt worden, daß dies eine bloße Demonstration wäre. Rasch nahmen die Ereignisse eine Wendung, welche die Mittelstaaten thatsächlich bei Seite schob, und nun kam die Regierung selbst und stellte die Eventualität einer Mobilisirung? Wie reimte sich das? Waren die Mittelstaaten also doch nicht gesonnen, sich schweigend dem Verfahren der Großmächte zu beugen, hatten sie doch Pläne, zu deren Ausführung das Aufgebot ihrer militärischen Kräfte in Aussicht genommen werden mußte? Allerdings lautete die Auskunft, welche die Regierung auf die Anfragen der Commission ertheilte, dahin, daß Verabredungen über eine gemeinsame Haltung zwischen den mittleren Staaten schweben. Aber diese Verabredungen stießen offenbar auf beträchtliche Schwierigkeiten, auf große Eile schien es keinen Falls abgesehen, und am wenigsten waren die Verschleppungen der Erbfolgefrage, auf deren Lösung durch die Mehrheitsstaaten man immer vertröstet hatte, geeignet, für eine Geldverwilligung zu voraussichtlich demonstrativen Zwecken günstig zu stimmen. Die Ministerconferenzen, welche nun endlich in dieser Woche zusammentreten sollen, werden erst über die Absichten der Mittelstaaten einiges Licht verbreiten, von ihrem Ergebniß wird auch das Schicksal jener Exigenz abhängen, welche bis jetzt nur geringe Aussicht hat im Plenum durchzudringen.

Mitten in die Ernüchterung, welche unter diesen Umständen unvermeidlich war, fielen einige hartnäckige Wahlkämpfe, welche nach anderer Seite das öffentliche Interesse in Anspruch nahmen. Vier Sitze in der Abgeordnetenkammer, darunter der für die Residenzstadt, waren nachträglich neu zu besetzen. In allen vier Bezirken siegte die Fortschrittspartei, so daß diese Seite des Hauses eine bei den jetzigen Stimmverhältnissen nicht unwesentliche Verstärkung erhält. Am bedeutendsten war der Erfolg in der Residenzstadt, wo der Wahlkampf eine ungewöhnlich tiefgehende Bewegung hervorgerufen hatte. Der Gewählte ist Finanzrath Zeller, Bruder des bekannten Theologen, ein durch seine gediegenen

finanziellen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse, wie durch seinen unabhängigen Charakter, den er während der Reactionsjahre zu erproben Gelegenheit fand, gleich ausgezeichneten Mann. Waren die politischen Kreise Stuttgarts in den letzten Wochen ganz von dieser Episode in Anspruch genommen, so ist zu erwarten, daß sie sich — gekräftigt zugleich durch den Sieg der liberalen Sache — mit größerer Energie als bisher der allgemeinen vaterländischen Sache zuwenden werden.

7.

England und die schleswig-holsteinische Frage.

London, den 11. Februar.

Die Gefahr einer thatsächlichen Einmischung Englands in die schleswig-holsteinische Angelegenheit ist vorläufig beseitigt. Palmerston war zu einer solchen entschlossen, aber seine Absichten wurden vereitelt. Die Königin wandte sich an Lord Derby, die Tories faßten unmittelbar vor Eröffnung des Parlaments den Beschluß, dem Cabinet die Mittel zur Unterstützung Dänemarks gegen Deutschland zu verweigern, und so mußte der Premier nothgedrungen seine Neigung unterdrücken.

Indeß hatte die Lage der Dinge in den Stunden vor und nach Eröffnung des Parlaments noch immer ihr Bedenkliches. Der Entwurf zur Thronrede enthielt einen gegen Deutschland gerichteten Passus, und dieser wurde zwar im letzten Moment gestrichen, aber die Lücke, die dadurch entstand, lag so offen und bloß vor aller Augen da, daß man sie auf den ersten Blick gewahr werden mußte, und daß infolge dessen sich allerlei Gerüchte verbreiteten, von denen das am sichersten auftretende seinen Gegenstand in den höchsten Sphären hatte.

Das Wahre an diesen Gerüchten war Folgendes. Erstens kannten die Minister die Absicht der Tories und dann sahen sie sich in der Erwartung betrogen, der englische Gesandte in Berlin werde dort noch eine Wendung in ihrem Sinne, wenigstens eine neue Frist zum Bestimmen für Dänemark durchzusetzen im Stande sein. An Tage vor Eröffnung des Parlaments wartete Russell von Stunde zu Stunde auf solche Kunde. Am Abend aber erhielt er die ziemlich unzweideutige Erklärung Bismarcks, daß Preußen sich, wenn der Krieg ausgebrochen sei, nicht mehr an das londoner Protokoll gebunden halten werde, und jetzt sich durch drohende Worte gegen Deutschland zum Einschreiten für Dänemark zu verpflichten, mußte sehr bedenklich und um so bedenklicher erscheinen, als man die Erklärung der Tories zu fürchten hatte. Der gedachte Passus wurde infolge dessen ausgemerzt.

Zu derselben Zeit aber sandte Palmerston der „Times“ einen Artikel ein, in dem es unter andern Vorwürfen gegen Preußen und Oestreich hieß: noch im letzten Augenblick habe England den deutschen Mächten „verbürgen“ wollen, daß Dänemark ihren Forderungen auf Rücknahme der Novemberverfassung nachkommen werde; aber selbst dieses äußerste Zugeständniß sei vergeblich gewesen. Dieser Artikel hatte den Zweck, die Herren, welche im Parlament für Deutschland sprechen wollten, irre zu machen, und dies gelang wirklich, wenigstens theilweise, doch ohne besondern